

INHALT: Um Methoden und Taktik der P. d. A.: Die Frage — Steine des Anstosses: 1. Programmlosigkeit: — die drei Stufen der Taktik! — Grundsatzlosigkeit? — 3. Zweckklügen? — Beurteilung: Nochmals die drei Stufen — das Sofortprogramm — die späteren Stufen — Nutzenanwendung.

Dokument zur spanischen Frage: Der Erzbischof von Toledo zur Haltung der kath. Kirche in Spanien: Um Spaniens Neutralität — Vom gerechten Krieg — Vom spanischen Bürgerkrieg 1936/37 — (Fortsetzung folgt).

Ist England noch ein religiöses Land? Zu einem Artikel von Martin d'Arcy in den Etudes. — Reste und Wachstum des Katholizismus — Zur Schulfrage — Erwachendes religiöses Leben — Trotzdem d'Arcys traurige Bilanz.

Russisches Dokument: Brief eines orthodoxen Archimandriten an General Eisenhower.

Ex urbe et orbe: Risse in der Organisation des Friedens. — Sozialisten und Kommunisten — Deutschland — Italien — Vatikan.

Bücher: Neuerscheinungen zur schweizerischen Kirchengeschichte: Zur Geschichte der Gegenreformation in der Schweiz: 1. Joh. Duft: die Glaubenssorge der Fürstbäbte von St. Gallen im 17. und 18. Jahrhundert. 2. Dr. Alois Rey: Geschichte des Protestantismus in Arth ... 3. Müller Johann: Die Aufhebung der thurgauischen Klöster im 19. Jahrhundert.

Castella: Papstgeschichte (2. Band); ein apologetisch wertvolles Werk.

Um Methoden und Taktik der P. d. A.

Zum 2. Parteitag der P. d. A. (Partei der Arbeit) am 6./7. Oktober 1945 in Genf brachte der «Vorwärts» vom 4. Oktober einen Leitartikel, in dem hauptsächlich vom Aufschwung der P. d. A. seit dem 1. Parteitag im Oktober 1944 in Zürich die Rede ist (von 8000 eingetragenen Mitgliedern am Gründungsparteitag auf über 20,000 jetzt!). Für diesen Aufschwung gibt der Leitartikel vier Gründe an: Die «Volksempörung über die schamlose Ausbeutung» durch das «profitsüchtige Grosskapital»; die «Volksempörung über die unsoziale und undemokratische Polizeiherrschaft eines Regimes, das sich durch seine Zusammenarbeit mit den faschistischen Diktaturen aufs schwerste kompromittiert hat»; die Ueberzeugung eines grossen Teils der antikapitalistisch Gesinnten, dass die historische Oppositionspartei, die S. P., mit ihrer gegenwärtigen Leitung nicht mehr fähig ist, dem Besitzbürgertum mit der erforderlichen Entschiedenheit entgegenzutreten und schliesslich die «Entschlossenheit der P. d. A. ehrlich und mit dem letzten Einsatz für ein freies, besseres und glücklicheres Leben zu kämpfen, für eine unverfälschte Demokratie, für eine Politik des kraftvollen sozialen Fortschrittes, schliesslich für die Befreiung der Schaffenden von Sorge und entwürdigender Abhängigkeit in der brüderlichen Welt des Sozialismus».

Der Aufschwung wird somit im spontanen Drang breiter Volksschichten nach gewissen politischen und sozialen Zielen, dem die P. d. A. ehrlichen und entschlossenen Ausdruck verleiht, gesehen. Auf einen Aufruf hat die P. d. A. einmal die Parole gesetzt: «Was sie (die P. d. A.) fordert, ist gerecht und im Interesse des ganzen Volkes!» — Aber gerade diese Behauptung, nichts als die einfühlsam hinhorchende Interpretin und die sorgsam ausführende Treuhänderin einer stark anwachsenden Richtung im Schweizervolk zu sein, wird in der Diskussion um die P. d. A. heftig angefochten. Der Partei wird vielmehr der Vorwurf gemacht, sie benutze die durch den zweiten Weltkrieg geschaffene Unsicherheit der Lage und die Aufgewühltheit breiter Kreise, knüpfe an antifaschisti-

schen und prorussischen Gefühlen und den verschiedensten Strebungen nach sozialer Sicherung an, schaffe sich durch populäre Forderungen eine anhängliche und begeisterte Gefolgschaft und erzeuge in den ihr gefügigen Massen die ihr für die Tagespolitik gerade notwendigen Stimmungen. Die P. d. A. sei nicht Ausdruck einer klaren Gesinnung, die dahinter stände, sondern einer mehr oder weniger ziellosen Dynamik, die noch zu allem möglichen gebraucht werden könne. Es sind die Methoden und die Taktik der P. d. A., die zum Gegenstand der Kritik geworden sind.

Steine des Anstosses

Das sind im allgemeinen ihre Programm- und Grundsatzlosigkeit und im besondern einzelne von der P. d. A. eingenommene Haltungen und gestellte Forderungen. Von der auch hierher gehörenden der P. d. A. vorgeworfenen «Russlandhörigkeit» und «revolutionären Politik» muss in eigenen Abhandlungen gesprochen werden.

1. Wenn man nach dem «Parteiprogramm» der P. d. A. sucht, muss man feststellen, wie wir das bereits früher getan haben (siehe S. 171), dass sie ein solches offiziell noch nicht besitzt. Sowohl der 1. Parteitag vor einem Jahr wie auch der jetzige haben sich mit der Aufstellung eines «Aktionsprogramms» begnügt.

Wenn man aber aus den Reden prominenter Vertreter der P. d. A. und aus ihrer Literatur programmatisches sucht, dann ergibt sich ein ganz und gar nicht unklares Bild.

Die P. d. A. will nach solchen Aeusserungen als die Partei des arbeitenden Volkes gelten. Sie will alle Arbeiterschichten umfassen, vom Kommunisten bis zum Katholiken. Sie stellt sich bewusst auf den Boden des Marxismus. Der Marxismus als Weltanschauung umfasse alle Vorgänge des menschlichen Lebens. Ausgehend von der geschichtlichen Tatsache zweier Menschenklassen, die im Klassenkampf verschiedene Interessen verfechten, verlange der Marxismus eine neue

Gesellschaftsordnung. Zur Ueberwindung des Klassenkampfes sei nur das Proletariat befähigt, weil es in seiner Einheitlichkeit über die notwendigen Kräfte verfüge. Die Interessengegensätze müssten durch eine allgemeine Verproletarisierung ausgemerzt werden, welche grundsätzlich ohne Gewaltanwendung vor sich gehen soll. Das Ergebnis wäre dann die Diktatur des Proletariats. Die Theorie von Marx zeige aber kein Ziel, sondern sein System sei nur ein Weg. Diesen Weg wolle auch die P. d. A. in der Schweiz gehen. Es sei der Weg des organisierten Zusammenschlusses aller Proletarier, der Kampf der unbegüterten Klassen gegen den Kapitalismus, der seiner Aufgabe: Zufriedenstellung des menschlichen Glücksbedarfs nicht gewachsen gewesen sei.

Dieses Ziel gedenke die P. d. A. nicht auf einmal, sondern stufenweise zu erreichen. Diese Stufen heissen: «Sofortprogramm» — «Freie Schweiz» — «Vollständige, uneingeschränkte Herrschaft des arbeitenden Volkes».

Das «Sofortprogramm» ist durchwegs sozial gedacht: Um der drohenden Isolierung der Schweiz zu entgehen, müssten Aussen- und Innenpolitik unverzüglich einen neuen Kurs einschlagen. Die offizielle profaschistische Politik des Bundesrates stehe im Gegensatz zum Willen des Schweizervolkes. Sofortige Massnahmen gegen die drohende Arbeitslosigkeit müssten ergriffen werden durch Einführung der 40-Stundenwoche, Arbeitsbeschaffung mit Rücksicht auf die Fähigkeiten und Verhältnisse der Arbeiter (Abschaffung der Arbeitsdienstpflicht). Das ganze Schweizervolk müsse in den Genuss besserer Bildungsmöglichkeiten kommen, allen Befähigten solle der Weg zum Studium geöffnet werden.

Das «Sofortprogramm» ist so gedacht, dass weite Kreise des Bürgertums die Forderungen wohl begreifen und zu den ihren machen werden.

Der Vorwurf der «Programmlosigkeit» betrifft also durchaus nicht die Gesamtlinie der Politik, sondern nur die Politik in der gegenwärtigen 1. Stufe, die mit «Sofortprogramm» bezeichnet wird.

2. Der Vorwurf der *G r u n d s a t z l o s i g k e i t* wurde verschiedentlich erhoben. Am typischsten sind zwei Beispiele. Das eine betrifft die Stellungnahme der P.d.A. in einer kommunistisch-sozialistischen Kontroverse über die Politik des Sekretärs der Kommunistischen Partei Amerikas, Earl Browders, die er in einer Rede vom 10. Januar 1944 vorgelegt hat. Die Rede Browders' hat die August/Septemberrummer 1944 der damals noch illegal herausgegebenen Zeitschrift «Sozialismus» befürwortend kommentiert. Rede, Kommentar in der Zeitschrift «Sozialismus» und einen ebenfalls befürwortenden Kommentar in der amerikanischen kommunistischen Zeitschrift «New Masses» hat die P. d. A. im Herbst 1944 als Broschüre herausgegeben («Krieg oder Frieden? — Die Rede Earl Browders»). Browders kündigte für die Zeit bis zur Erreichung des Sieges und für «noch lange Jahre nach dem Siege» eine friedliche Zusammenarbeit des Sozialismus mit dem Kapitalismus an. «Wir können», sagte er, «und werden in hundert andern Fragen, einschliesslich der Grundfrage der Vertagung aller radikalen Vorschläge zur Aenderung des sozialen und wirtschaftlichen Systems Kompromisse machen» (Broschüre S. 22).

Im gleichen Sinne führte K. Hofmaier an der gemeinsamen Kundgebung des Landesrings und der P. d. A. in Zürich am 8. 2. 45 aus: «Aber es geht jetzt weder bei uns in der Schweiz noch in den meisten uns umgebenden Ländern darum, heute oder unmittelbar nach der Beendigung des Krieges den Sozialismus einzuführen. . . . Wir wollen also nicht mit dem Landesring über

seine politischen Grundsätze oder gegen einzelne seiner politischen Aktionen polemisieren» («Der Weg zur neuen Schweiz» S. 6/7).

Ebenso schrieb L. Nicole in der «Voix ouvrière» vom 16. 2. 45: «Sozialisten, ja sogar Radikale und selbst Katholiken scheinen heute revolutionärer zu sein als die Kommunisten. Sie sprechen von Nationalisierungen, von Sozialisierungen; sie verlangen mit Nachdruck die Verwirklichung des wirtschaftlichen und sozialen Programms des (französischen, d. Red.) Nationalrates der Widerstandsbewegung . . . Aber die jetzigen Möglichkeiten der sozialen Revolution sind noch beschränkt. Es wäre gefährlich, Strukturreformen zu unternehmen, wenn man nicht die materiellen Mittel besitzt, sie bis zu Ende zu führen.»

Noch in der Juninummer 1945 der westschweizerischen Zeitschrift der P. d. A. «Socialisme» verteidigte André Muret die Politik Browders gegen eine Rede des Sozialdemokraten Humbert-Droz in Lausanne, wobei er mit den heftigsten Ausfällen gegen die «linken Phrasen» der Sozialdemokraten nicht sparte.

Aber die darauf folgende Julinummer 1945 «Socialisme» greift plötzlich die Politik Browders mit ganzer Schärfe an! Die P. d. A. hatte von der Verurteilung und Kaltstellung Browders durch die amerikanischen Kommunisten (auf Befehl Moskaus?) gehört und einfach stillschweigend und blindlings die neue Wendung vollzogen, ohne eigene grundsätzliche Erörterungen über die Frage anzustellen.

Ein anderer Anlass zur Kritik war die Stellungnahme der P. d. A. zur Neutralitätsfrage der Schweiz. Darüber hatte K. Hofmaier noch im Februar 1945 im Namen der P. d. A. erklärt: «Die P. d. A. erachtet die Aufrechterhaltung der Neutralität als notwendig» (siehe «Apolog. Blätter» S. 146). Am 3. Juni hat die Parteileitung der P. d. A. nicht nur Verzicht auf die Neutralität der Schweiz gefordert, sondern dem Bundesrat einen Vorwurf darüber gemacht, dass er die schweizerische Neutralität aufrecht zu erhalten suche. Begründung: Weil so «die politisch-wirtschaftliche verhängnisvolle Isolierung der Schweiz verstärkt würde».

Dagegen wurde lebhaft geltend gemacht, dass das genau die gleiche unschweizerische Haltung sei, mit der vor Jahren andere Anschluss der Schweiz an das «neue Europa» verlangt hatten, und dass eine grundsätzliche Aussenpolitik der Schweiz zuerst den eigenen Erfordernissen der geographischen Lage und der sprachlich verschiedenen Zusammensetzung seiner Bevölkerung Rechnung zu tragen hätte und erst dann der weltpolitischen Konstellation.

3. In der Politik wird gekämpft und es kommen dabei Menschlichkeiten vor. Aber feierliche und sogar schriftlich gemachte Versprechen müssen gehalten werden und, wenn man aus der Schrift eines politischen Gegners Zitate bringt, muss man sich an die strikte Wahrheit halten. Es hat sowohl im bürgerlichen wie im sozialdemokratischen Lager Aufsehen erregt, dass von hervorragender Seite der P. d. A. und an hervorragender Stelle gegen die Grundforderungen demokratischer Politik gefehlt wurde, und man hat sich gefragt, ob die Vorkommnisse als einfache Fehler oder als bedenkliche Methode der Politik anzusehen seien.

Den 1. Mai haben die P. d. A. und die Sozialdemokratische Partei in Genf dieses Jahr gemeinsam gefeiert. Vorgesehen wurden drei Redner, je ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften und für die P. d. A. Nicole. Nicole verpflichtete sich vorher von sich aus und schriftlich gegenüber den Red-

nern der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, jeden Ausfall gegen die S. P. zu unterlassen, und er sprach die Erwartung aus, dass die S. P.-Redner die gleiche Loyalität einhalten würden. Es kommt nun so, dass die ersten zwei Redner sich sauber an die Abmachung halten; Nicole, der letzte Redner dagegen, polemisiert schärfstens gegen die S. P. Die «Berner Tagwacht» vom 4. Mai schreibt ausführlich vom Vorfall in Genf und nennt Nicole einen «notorischen Zwecklügner»; andere Kreise haben die Methode aber bedenklich und zum Aufsehen mahnend gefunden.

In ähnlicher Weise hat sich der «Vorwärts» vom 14. Juni 1945 einen Leitartikel geleistet, den die «Neuen Zürcher Nachrichten» vom 18. Juni als «aufgelegte Fälschung und politische Zwecklüge» bezeichnen. Der «Vorwärts» bringt aus einer Schrift des heutigen Bundesrates Etter aus dem Jahre 1934 («Die schweizerische Demokratie») ein «Zitat», das der Leser als zusammenhängendes Zitat mit einheitlichem Gedankengang auffassen muss, in dem aber in Wirklichkeit Sätze vollständig aus dem Zusammenhang gerissen und derartig zusammengestellt werden, dass der Reihe nach einzelne Sätze aus den Seiten 28, 29, 40, 10, 44 zu einem einheitlichen Zitat zusammengefügt sind. Aus dem Vorgehen spricht eine derart kalte Kühnheit, dass man sich wiederum weniger an der Verfehlung als an der dabei aufleuchtenden Methode gestossen hat.

4. Auch einzelne praktische Forderungen der P. d. A. haben Anlass gegeben, sich über die Methoden dieser Partei seine Gedanken zu machen.

Da ist einmal die von der P. d. A. wiederholt und offiziell von der Parteileitung am 3. Juni geforderte sofortige Neuwahl des Nationalrates. Dabei gestattet das eidgen. Grundgesetz die vorzeitige Abberufung der Volksvertreter nur, wenn eine Totalrevision der Bundesverfassung von Volk und Ständen angeordnet worden ist.

Hierher gehört ferner der Protest der P. d. A. gegen die Aufbietung Jugendlicher zum Landdienst. Jedermann weiss genau, dass ohne Arbeitseinsatz das Anbauwerk und die Landesversorgung gefährdet wären.

Aehnliches gilt von der Verwahrung der P. d. A. gegen die weitere unveränderte Erhebung der Beiträge für die Lohn- und Verdienstauegleichskassen. Auch da weiss jedermann, dass ohne diese Kassen keine Altersversicherung finanziert werden kann.

Das ist ein Häuflein «Steine des Anstosses». Sie sollen zeigen, dass am Vorgehen der P. d. A. manches Aufsehen erregt hat, was eine eigene Beurteilung erheischt.

Beurteilung des P. d. A. - Vorgehens.

1. Für die ganze Beurteilung des Vorgehens der P. d. A. ist wesentlich, dass man die drei Stufen kennt, in denen die P. d. A. ihre Politik verfolgen will: «Sofortprogramm», das rein sozial gedacht ist, «Freie Schweiz», die durch die neue Regierungskoalition aus P. d. A., Sozialdemokratie und zur Mitarbeit bereiten bürgerlichen Linkgruppen gekennzeichnet ist. Schliesslich die Herrschaft der proletarisierten Volksmehrheit, d. h. Diktatur des Proletariats.

In der ganzen Linie gesehen sind die Methoden und die Taktik der P. d. A. durchaus marxistisch und kommunistisch.

2. Aus dem «Sofortprogramm» versteht man die populären Forderungen und den Verzicht auf unpraktische Gebundenheit an allzu bestimmte Parteitheorien, den Verzicht auf die Agitation für die kommunistische

Wirtschafts- und Staatslehre und ebenfalls den vorläufigen Verzicht auf den «Klassenkampf der Ausgebeuteten» und die «Diktatur des Proletariats». Die populären Forderungen der P. d. A. sollen vom Bürgertum begriffen und angenommen werden. Die P. d. A. macht sich kein Hehl daraus, dass sie damit vom Bürgertum verlangt, dass es sie unterstütze und seinen Beitrag zum Aufbau des Arbeiterstaates leiste. — Es ist interessant, in diesem Zusammenhang auf die Erfolge hinzuweisen, die zum 2. Parteitag die P. d. A. sich zuschreibt. So bucht sie als Frucht ihrer Politik die Aufhebung der Parteiverbote und ähnlicher Freiheitsbeschränkungen, dann die «elastischen Rückzugsbewegungen der von Steiger und Konsorten in der Säuberungsfrage»; die 100 Millionen, die der Bundesrat fürs kommende Jahr der Altersunterstützung versprochen hat; die Teuerungszulagen und die verbesserten Arbeitsbedingungen in der Basler Chemieindustrie und bei den Genfer Strassenbahnern. Die P. d. A. beansprucht, dafür «sozusagen allein» gekämpft zu haben.

3. Aus dem Drang, möglichst viele Anhänger zu gewinnen, versteht man das Bemühen, die Unzufriedenen von allerlei Art zu sammeln und um die Freiheitskämpfer aller Schattierungen die Bande der Freundschaft zu schlingen; die gleichmässige Betonung des Antifaschistischen und des Antikapitalistischen; den Kampf gegen die existierenden Verhältnisse und Parteien; das Bestreben, die regierenden Kreise des Inlandes, ihre politische und wirtschaftliche Machtstellung mit den Oberschichten der Diktaturstaaten gleichzusetzen; den Versuch, im Kampf gegen die regierenden Kreise im eigenen Land sich von den Freiheitskämpfern in besetzten Ländern Glanz zu verleihen, eine breite Front nicht nur des Proletariats, sondern aller «demokratisch-freiheitlich Gesinnten» zu schaffen und so auf legalem Weg der Majorität den spätern Umbruch vorzubereiten.

Die späteren Stufen werden nicht aus dem Auge verloren, aber in der gegenwärtigen Politik durchaus unerwähnt gelassen. So will die P. d. A. nach dem zweiten Parteitag den Kampf für eine bessere Sicherung der Existenz aller Schaffenden und Besitzlosen weiterführen. Sie will sich einsetzen für den Aufstieg unseres Landes zu einer «angesehenen Stellung in der werdenden Gemeinschaft der freien und friedliebenden Nationen». Sie will ihren Einfluss auf das gesamte politische Leben der Schweiz verstärken und misst in diesem Zusammenhang den bevorstehenden kantonalen Wahlen in Genf und den Gemeindevahlen in der Waadt und im Kt. Zürich grosse Bedeutung zu. Die P. d. A. will weiter durch den eigenen Vormarsch die Sozialdemokratie dazu bringen, dass sie «ihre Burgfriedenspolitik liquidiert» und sich mit der P. d. A. und weiteren fortschrittlichen Organisationen zu gemeinsamem Kampf gegen die Reaktion zusammenschliesst. So soll die geschlossene Front aller freiheitlich denkenden Bürger geschaffen und der «freien Schweiz» die Wege gebahnt werden. Die vereinten Kräfte der P. d. A., der Sozialdemokratie und der andern «fortschrittlichen» Organisationen sollen «das wankende Regiment einer Herrenkaste zum Einsturz bringen» und ein «wahrhaft demokratisches Regime» errichten («Vorwärts» 4. 10. 45).

4. Unsere Stellungnahme zum Vorgehen der P. d. A. kann sich nicht darauf beschränken, dass wir durchschauen, wie das Bürgertum nach der gegenwärtigen P. d. A.-Politik auf der ersten Stufe die sehr wenig schmeichelhafte Aufgabe des Schrittmachers zu seinem eigenen Untergang erhält. Damit wäre sehr wenig getan.

5. Ein Hauptmittel der P. d. A. besteht in der Aufspürung von Unzufriedenheiten und im Aufdecken von Dingen, deren Bekanntwerden geeignet ist, die Unzufriedenheit zu fördern und zu steigern (Schicksal der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, die Verdingbubpraxis, die Armut in Elendsfamilien unserer Grossstädte). Die P. d. A. scheut nicht vor Uebertreibungen zurück. Sie rechnet dabei nicht damit, dass Uebertrei-

bungen ungerechtfertigt sind und eher abstossen könnten. Sie stellt vielmehr auf die andere Wirkung ab, dass sich nämlich der kleine Mann sagt: «Es schadet gar nichts, wenn etwas übertrieben wird, die Hauptsache ist, dass so unsern Behörden Beine gemacht werden». Die P. d. A. weiss, dass sehr viele Leute ihre Methode durchaus nicht als ungesunde Politik taxieren, sondern als die Politik einer kräftigen und gesunden Opposition.

Dokument zur spanischen Frage

Noch immer ist die spanische Frage nicht zur Ruhe gekommen. Wir haben in No. 1 und 2 dieses Jahres in unseren Blättern einem Beitrag Raum gegeben, der die Mängel und Gefahren in der Lage des spanischen Katholizismus deutlich hervorhob. Wie schwierig und verwickelt die Verhältnisse liegen, ersieht man vollends erst, wenn man auch die Gegenseite zu Wort kommen lässt. Ihren Standpunkt legt das folgende Dokument dar. Es ist der Auszug aus einem Hirten Schreiben des Erzbischofes von Toledo, Primas von Spanien, das uns vor einigen Tagen in französischer Sprache zuing. Das Datum des Hirtenbriefes ist aus diesem Schriftstück nicht ersichtlich; doch dürfte es aus der jüngsten Vergangenheit stammen.

«Geliebte Brüder im Herrn: . . . Spaniens Boden wurde, dank einer besonderen Vorsehung, vor Zerstörung und Invasion durch fremde Truppen verschont. Wir haben die gerechten Gründe seiner Neutralität nach Beendigung des Krieges in Europa in einem Hirten Schreiben im Mai dieses Jahres dargelegt. Wir haben nicht bemerkt, dass die Motive unserer Neutralität diskutiert wurden. Aber nun bei Friedensschluss wirft man uns mehr oder weniger offen vor, die Neutralität nicht genug gewahrt zu haben.

Um Spaniens Neutralität.

Selbst im Fall eines Freundschaftsverhältnisses zwischen Kirche und Staat, wie dies in Spanien zutrifft, darf es keine gemeinsamen Aktionen noch Verantwortlichkeiten für Kirche und Staat geben und wir erwidern feierlich, dass die spanische Kirche ihrerseits die strengste Neutralität gewahrt hat. Wir Bischöfe waren zu jeder Zeit das getreue Echo der Weisungen und Ermahnungen, der Gebete und Bitten des Vaters der Christenheit. . . Wir haben Seiner Heiligkeit mehr als 25 Millionen Pesetas als Geschenk der Gläubigen überwiesen, damit Seine Heiligkeit als Vater aller, sie unter die Opfer des Krieges nach Gutdünken verteile. Die Bitte um einen gerechten und billigen Frieden war der Ruf der spanischen Kirche während des blutigen Kampfes und die Leitung der Spanischen Kath. Aktion hat sich an die Kath. Aktion aller Nationen der Welt gewandt unter Berufung auf die Grundsätze des internationalen Rechtes — wie es schon Victoria und Suarez verfochten — und auf die Richtlinien für einen gerechten Frieden, die Papst Pius XII. in Vorschlag brachte. Auf diese Botschaft haben zahlreiche Vorstände der Kath. Aktion verschiedener Länder, kriegführender und neutraler — aus Europa: England, Italien, Irland; aus Amerika: Canada, Porto Rigo, Bogota, Peru, Costa Rica, San Salvador, Uruguay, Paraguay; aus Asien: Beyrut; aus Südafrika — geantwortet.

Der spanische Staat mag selbst auf Grund seiner Kenntnisse und Dokumente die Neutralität seiner Handlungen im einzelnen verantworten. Immerhin ist es

eine allgemein bekannte und unleugbare Tatsache, dass Spanien niemals den Dreierpakt (Berlin-Rom-Tokio) unterzeichnet hat, der es in den Krieg hineingezogen hätte, trotz mächtigen Druckes und schwieriger Situationen — man denke nur an die kriegführenden Armeen an seinen Grenzen und an die Kriegsschiffe vor seinen Gewässern — ist Spanien in den Krieg nicht eingetreten. Trotzdem wird jetzt, da die Stunde des Friedens und das Ende des Weltkrieges schlägt, der Name Spaniens und seiner Regierung überall in die Verhandlungen mit einbezogen. Bitten wir Gott, dass mit Abschluss des Weltfriedens sich in Spanien nicht ein neuer Bürgerkrieg entzünde.

Vom gerechten Krieg.

Jeder Krieg ist schmerzlich und für Bürgerkriege wie für internationale Auseinandersetzungen gilt der Grundsatz, den wir unsererseits unermüdlich betont haben: Der Krieg ist nur dann gerecht, wenn er notwendig ist, d. h. wenn er zur Wiederherstellung der Ordnung, der Gerechtigkeit und des Rechtes geführt wird, sei dies nun innerhalb eines Staates oder auf internationalem Boden. Niemand wünscht den Frieden mehr als die katholische Kirche, aber sie verfällt nicht dem Irrtum einiger Irrgläubigen, die jeden Krieg als ungerecht verdammen. Die grossen Kirchenlehrer Augustinus und Thomas zeigen, dass der Krieg erlaubt ist, wenn er zum Schutz oder zur Wiederherstellung des Rechtes notwendig ist. Uebrigens hat die Kirche Könige, die Krieg führten, zu Heiligen erhoben, wie Ferdinand von Spanien, den hl. Ludwig von Frankreich, den hl. Heinrich von Deutschland.

Was nun den Bürgerkrieg betrifft, wird niemand mehr den Frieden unter den Bürgern und die Unterwerfung unter die bestehende Gewalt befürworten als die Kirche. Man kann aber auch da zu weit gehen, wenn man lehrt, dass nie und in keinem Fall die Bürger sich gegen die Regierung erheben dürfen, auch wenn diese das Volk tyrannisiert und das Gemeinwohl vernichtet. Diese Frage war umstritten und im Verlauf der letzten Jahrhunderte haben viele katholische Moralisten allzu einseitig gelehrt: *nunquam licet rebellare*. (Ein Aufstand ist niemals erlaubt.) Eine solche Ansicht war nicht vereinbar mit der Doktrin des hl. Thomas, eines Kirchenlehrers, des Suarez, des hl. Robert Bellarmin. Wir haben diesen Punkt ausführlich in unserem Hirten Schreiben «Lus dos cindades» 1936 behandelt. . . (Das Schreiben führt weiter aus, dass diese Frage trotzdem umstritten blieb!) Dann heisst es: «Pius XI., der diese umstrittenen Probleme seiner Zeit mit so viel Weisheit und Mut in Angriff nahm, hat auch diese Frage entschieden und zwar im Sinn des hl. Thomas, Suarez und Bellarmin. Dies geschah in seiner Enzyklika an den mexikanischen Episkopat betreffend die religiöse Lage in Mexiko, die am 28. März 1937 veröffentlicht wurde, mitten im spanischen Bürgerkrieg. . . Darin heisst es, dass im äussersten Notfall, damit die Ordnung

und das Gemeinwohl einer Nation nicht ganz zugrunde gehen, es erlaubt ist, Gewalt zu brauchen selbst gegen jene, die im Besitz der öffentlichen Macht sind. Bevor noch die spanische Hierarchie in einem gemeinsamen Schreiben an die Bischöfe der ganzen Welt das Problem dieses Rechtes aufwarf, hatte die mexikanische Hierarchie dies bereits getan und Pius XI. hat sich in der genannten Enzyklika dazu in zustimmender Weise geäußert...»

Es folgen die Worte des päpstlichen Rundschreibens, die einerseits das Recht des Aufstandes unter gewissen Voraussetzungen verteidigen, andererseits aber dem Klerus, der katholischen Aktion und ähnlichen unpolitischen Organisationen verbieten, an derartigen politischen Aktionen sich zu beteiligen. Dann heisst es:

Vom spanischen Bürgerkrieg 1936/37.

«Der spanische Episkopat und Klerus haben nie die vom römischen Stuhl vorgezeichneten Grenzlinien überschritten: nicht ein einziger Priester hat während des Bürgerkrieges mit Waffen gekämpft; die Vorsteher der Kirche haben kämpfende Gruppen erst gesegnet, nachdem der anfängliche Bürgerkrieg sich in einen Kreuzzug verwandelt hatte. Am Ende unseres Hirtenbriefes, den wir 1939 schrieben, haben wir gesagt: «Der spanische Krieg hätte ein reiner Bürgerkrieg bleiben können, wenn die Regierung, gegen welche der Aufstand gerichtet war, die kommunistischen Massen hätte meistern können, aber sie konnte und wollte das nicht, sie erlaubte in ihrem Gebiet eine Revolution, ja sie bediente sich dieser Masse, um den Aufstand zu bekämpfen, indem sie ihre öffentliche Macht nicht nur zum Mittler, sondern zur Gefangenen des Kommunismus machte. Die Bewegung, welche sich gegen den Kommunismus warf, wurde so ein Kampf gegen den internationalen Kommunismus. Von diesem Moment an war sie ein wahrhaftiger Kreuzzug. Unsererseits gaben wir unsern Segen auch diesem Kreuzzug zunächst nicht; wir taten dies erst, nachdem dieses apokalyptische Schlachten der Priester, Klosterfrauen und Weltleute eingesetzt hatte und als Pius XI. seinen Segen mit folgenden Worten gegeben hatte: «Ueber aller politischen und weltlichen Erwägung gilt unser Segen in besonderer Weise allen jenen, die sich die schwere und gefährliche Aufgabe gestellt haben, die Rechte und Würde der Gewissen zu verteidigen und wiederherzustellen, welche die erste Voraussetzung und die sichere Grundlage jeder menschlichen und bürgerlichen Wohlfahrt ist.» (1. September 1936.)

«Wir, die spanischen Bischöfe, haben in unserem Rundschreiben vom Jahre 1937 an alle Bischöfe der Welt, das unser ehrwürdiger Vorgänger, der erlauchte Kardinal Goma verfasst und unterzeichnet hat, klar gesagt, dass wir diesen Bürgerkrieg nicht provoziert haben, noch haben wir an ihm mitgewirkt, wir haben aber in dieser sehr komplexen Frage des spanischen Krieges gemeinsam unser Verdikt formuliert. Denn, schon als der Krieg noch politisch-sozialen Charakter hatte, war seine religiöse Rückwirkung derart schwerwiegend, und es war bereits am Anfang so offensichtlich, dass eine der kriegführenden Parteien die katholische Religion in Spanien ausmerzen wollte, dass wir, die katholischen Bischöfe, die Sache Jesu Christi nicht einfach im Stich lassen konnten, ohne uns das Urteil: «s t u m m e H u n d e» zu sein, zuzuziehen, mit dem der Prophet jene tadelt, die vor der Ungerechtigkeit schweigen, statt zu reden.

Wir sind überzeugt, dass keine kirchliche Hierarchie irgendeiner Nation, sei diese demokratisch oder autori-

tär regiert, dem spanischen Episkopat etwas vorwerfen könnte, nachdem sie die Richtigkeit seiner Handlungsweise erkannt haben. So billigte denn auch Papst Pius XI. unser gemeinsames Hirten Schreiben in einem Brief den er anlässlich der Veröffentlichung von Antwortschreiben der Bischöfe verschiedener Nationen, durch Vermittlung seines Kardinalstaatssekretärs und späteren Nachfolgers an S. E. Kardinal Goma richtete. Darin heisst es:

«Die starke Rückwirkung und Aufnahme eines derart wichtigen Dokumentes waren dem Papst bereits bekannt und er hat mit väterlicher Genugtuung auf die vornehme Haltung, die es besetzte, hingewiesen, sowie auch auf den hohen Sinn für Gerechtigkeit dieser Bischöfe, die absolut alles, was Schaden zufügte, verurteilten, vor allem aber auf die hochherzigen Worte des Verzeihens dieses gleichen Episkopates, der so harte Prüfungen erduldet hatte in seinen Gliedern, seinen Priestern und Kirchen, umsomehr, als durch diese wütende Kirchenverfolgung der Religion im edlen Spanien soviel Unheil zugefügt worden war.»

Wenn wir uns für Nicht-Katholiken auch nicht auf die Macht und Autorität der grossen Kirchenlehrer, noch auf den römischen Oberhirten selbst berufen können, so sei uns doch erlaubt, daran zu erinnern, dass der spanische Kreuzzug gegen eine heftige Religionsverfolgung ausgelöst wurde, welche zwölf spanische Bischöfe, Tausende von Priestern, Mönchen und Nonnen, allein wegen ihres religiösen Standes und mit wenigen Ausnahmen ohne irgendeine Form von Gerichtsverfahren mordete, und Tausende von Heiligtümern vernichtete. In unserer Diözese erlitten 300 Diözesanpriester (die Hälfte der Gesamtzahl) den Tod und das Martyrium, ungefähr 100 Mönche und 5 Klosterfrauen kommen dazu und man zählt einige hundert zerstörte oder verwüstete Kirchen, manche von ihnen sind auch noch im Wiederaufbau begriffen. Der Siegerblock des Weltkrieges hat, wie auch der römische Oberhirte, die Verfolgung der Juden aus religiösen Motiven verurteilt. In Spanien fand 1936 eine schreckliche Katholikenverfolgung statt und kündete die Vernichtung der Kirche an. Muss man dann nicht den spanischen Kreuzzug als gesetzesmässig anerkennen, und zwar nach der Lehre der grossen Kirchenlehrer sowie auch nach dem Grundsatz der Atlantikcharta, welche doch die Religionsfreiheit verkündet? Gewiss hat Pius XI. in seiner schon erwähnten Ansprache vom 1. September 1936 auch alle ungerechtfertigten Ausschreitungen in der Verteidigung verurteilt. Die spanischen Bischöfe haben dies in ihrem gemeinsamen Hirten Schreiben in gleicher Weise getan. Desgleichen taten wir dies in unserem Hirtenbrief «Las dos ciudades» (September 1936); wir waren damals noch Bischof von Salamanca. Wir verurteilten darin energisch die Hinrichtungen durch private Instanzen.

Wir haben zugleich im Verlaufe dieses Krieges und nachher Verzeihung gepredigt und diese den spanischen Bischöfen empfohlen und wir wiederholen heute unser Wort des Verzeihens für alles und unsern Willen, allen Verirrten, die die Religion verfolgten, alles Gute zu tun, das wir können. Wo es sich um unsere Diözesanen in Salamanca oder Toledo handelte, haben wir nie verfehlt, uns mit Macht für die Begnadigung der zu Tode Verurteilten einzusetzen, sofern wir dazu Gelegenheit hatten. Und wir haben auch nie verfehlt, darum zu bitten, dass man die Kriegsgerichte sobald als möglich abschaffe. Unsere Diözesanen werden sich an unsere Worte in der feierlichen Sühneandacht zum Heiligsten Herzen Jesu am 13. Juni des Jahres 1943, die wir für alle

Entweihungen und Verbrechen in der Erzdiözese Toledo während der Roten Herrschaft hielten, erinnern: «Wir wollten dich um Verzeihung bitten für die Verbrechen unserer getäuschten und verblendeten Brüder, die wie jene, die dich kreuzigten, nicht wussten, was sie taten. Verzeih ihnen, wenn sie einen Moment der Reue hatten und führe sie in die Herrlichkeit wie den guten Schächer. Wenn sie noch leben, so will ich, wie der gute Hirte der Erzdiözese Toledo, ihre Fehler auf mich nehmen und um Verzeihung bitten. Nicht nur vor dir, König der Herrlichkeit und höchster Richter der Lebenden und

Toten. Ich benütze die Gelegenheit der Gegenwart des Justizministers, der hier den Caudillo vertritt, um einmal mehr für alle Verirrten Fürbitte einzulegen; nachdem der Sieg nun errungen ist, mögen grosszügig und sofort die Kriegsgerichte aufgehoben werden. Möge man doch bald die Türen der Gefängnisse öffnen; man hat sie bereits für jene aufgetan, welche man in das gemeinsame Werk des Wiederaufbaues Spaniens eingliedern kann. Sei du, göttliches Herz, das Band, das alle Kinder Spaniens eint, welche dich alle nötig haben.»

(Fortsetzung folgt.)

Russisches Dokument

Im folgenden bringen wir ein Schreiben des russischen Vertreters der orthodoxen Gemeinden in Oberpfalz und Niederbayern. Der Brief war ursprünglich in russischer Sprache verfasst; die Uebersetzung mag in geringfügigen Einzelheiten im Ausdruck von einer wörtlichen Wiedergabe abweichen. Als Ganzes ist der Brief jedoch aus unbedingt zuverlässiger Quelle.

«An den Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee
General Eisenhower.

Ein bedauerlicher Fall ereignete sich am 12. August 1945 in Kempten. Aus dem russischen Lager wurden durch die amerikanischen Behörden ungefähr 150 Leute (Russen) verschleppt, um sie nach Russland zu befördern. Dabei kam es zur Anwendung von Gewalt und auch von der Schusswaffe wurde Gebrauch gemacht. Zur Zeit des Gottesdienstes wurde die Kirche geschändet und die Person des Priesters misshandelt.

Als ich, Archimandrit Michael aus Kempten, mich kurz darauf nach München begab, begleiteten mich die noch restlichen Russen mit Tränen in den Augen. Sie baten mich, den Oberkommandierenden der amerikanischen Armee von diesem Fall zu benachrichtigen. Sie umarmten meine Beine, liebten mein Gewand und flehten mich an, sie vor dem Tod zu erretten.

Darum wende ich mich in ihrem Namen und im Namen der anderen Griechisch-Orthodoxen, meiner Brüder, die in den Lagern von Kempten, Passau und Regensburg sind (insgesamt mehr als 5000 Mann), an den Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee, General Eisenhower, und bitte ihn, die gewaltsame Verschleppung unschuldiger Leute nach Sowjetrussland unverzüg-

lich einzustellen, und sie dadurch vor grausamen Qualen und dem Tod zu erretten.

Wenn aber die amerikanische Kommandatur trotz alledem aus irgend einem Grund dieser Bitte nicht entsprechen kann, so sei mir dem Archimandriten Michael und meinen zahlreichen Brüdern und Schwestern in Christus, die Qualen und Tod in Sowjetrussland erwartet, gestattet, folgende letzte Bitte vor dem Tod auszusprechen: Man möge unsere Kirchen nicht schänden und uns ohne weitere Quälereien, hier in Bayern dem Tod überliefern (vielleicht durch Erschiessen).

Sollten die Amerikaner selbst sich dazu nicht bereit finden, so sind wir bereit, den Tod auch von Bolschewisten anzunehmen, aber nur hier, nicht in den Grenzen Sowjetrusslands, wo auf viele von uns auch noch die Folter harret. Eine solche Entscheidung ist für uns wehrlose Leute eher annehmbar, als die Verschleppung in das Gebiet der UdSSR und wir werden den amerikanischen Behörden dafür dankbar sein; denn hier können wir uns, wie es Christen geziemt, auf den Tod vorbereiten und ruhig in die Ewigkeit hinübergehen. Das ist unsere letzte Bitte.

Archimandrit Michael,
Vertreter der orthodoxen Gemeinde in Oberpfalz
und Niederbayern.

P. S.: Wir könnten auch von einer Belästigung der amerikanischen Kommandatur mit dieser Bitte absehen und unser Leben durch Selbstmord beschliessen. Jedoch können wir diesen Weg nicht wählen, weil unser Glaube in Christus uns den Selbstmord verbietet.

Ist England noch ein religiöses Land?

Unser Artikel stützt sich im Wesentlichen auf die Ausführungen von P. Martin d'Arcy (Études Juli/Aug. 45), eines hervorragenden Englandkenners. In den Jahren 1941—43 durchreiste er als Konferenzredner Amerika, Portugal und Spanien. Als Professor an der Universität Oxford besass er reiche Erfahrungen über England, die in seinen Konferenzen ihren Niederschlag gefunden und die er in dem von uns benützten Artikel zusammengefasst hat.

Wachstum der Katholiken.

Wer heute über das religiöse Leben in England urteilen will, muss wissen, wie irreführend es wäre, England ohne weiteres ein «protestantisches Land» zu nennen. Es ist wahr, dass zu Elisabeths Zeiten der Geist des englischen Volkes sich ins Abenteuer der Reformation verirrt hat, dass sein Urteil partikularistisch geworden ist. Ein gutes Stück seiner alten Tradition, seines mittelalterlichen Brauchtums jedoch — und hierin liegt ein Wesenszug der englischen Reformation — wollte sich das protestantisch gewordene englische Volk erhalten. Statt des radikalen Bruches mit der Vergangenheit

wurde ein Kompromiss versucht, der althergebrachte teure Gewohnheiten in die neue Zeit hinüberretten sollte. So blieb denn viel Altes erhalten und mit ihm ein Stück ererbten religiösen Geistes, das in anderen Ländern der Reformation verloren gegangen ist, in England jedoch noch heute zugunsten eines religiösen Lebens weiterwirkt. Dass die britische Erde der Religion keinen ungeeigneten Ackerboden bietet, zeigt sich bei Protestanten und Katholiken. Katholischerseits zeugt dafür der Aufschwung, den das 19. und 20. Jahrhundert der Kirche Englands gebracht hat. Aus einer verfolgten, ja geächteten Minderheit haben sich die englischen Katholiken im Laufe des letzten und dieses Jahrhunderts zu einer vollberechtigten Gruppe im englischen Reich emporgestritten. Die kath. Londoner Zeitung «The Tablet» veröffentlichte im Jahre 1939 eine bemerkenswerte Studie über die rasche Entwicklung des englischen Katholizismus in den letzten 75 Jahren. Im Jahre 1851 besass England 596 Kirchen (kath.). 1935 waren es deren 2388 und in denselben Jahren stieg die Priesterzahl von 739 auf 3700. Auffallen muss, dass dieser Wandel zum guten Teil das Werk hervorragender Konvertiten und das

gläubiger Söhne der katholischen Kirche war, die als Gelehrte, Politiker und Schriftsteller Ruhm erwarben.

Zur Schulfrage.

Mit welcher Schärfe in den verfloßenen Kriegsjahren für die Religion gefochten wurde, beweist der entschlossene Kampf des englischen Episkopates gegen die konfessionslose Schule. Mgr. Henry Poscitt, Bischof von Leeds, forderte im Jahre 1942 die den Schulbehörden angehörenden Katholiken auf, gewisse Vorschläge entschieden abzulehnen. Die vorgeschlagene Liquidierung der katholischen Schule gründe sich auf eine unchristliche Ideologie und missachte das Recht der Eltern, ihre Kinder in der eigenen Glaubensatmosphäre grosswerden zu lassen. Im Herbst desselben Jahres sprach Bischof Plymouth das entschlossene Wort: Wir verurteilen die Aktion autoritärer Regierungen, die die jungen Leute als eine dem Staat gehörende Herde betrachtet. Wir vertrauen darauf, dass in unserem Land nie etwas Derartiges erlaubt wird. Im selben Sinn äusserte Kardinal Hinsley: dass die Regierungspläne über konfessionslose Schulen die Gefahr in sich schliessen, dass sekularistische Tendenzen die Oberhand gewinnen. Anlässlich einer grossen Jugendkundgebung im Jahre 1943 nahm Msgr. Dr. Downey, Erzbischof von Liverpool das Wort zur heissumstrittenen Schulfrage und führte u. a. aus: Es herrscht in gewissen Kreisen die Auffassung, die Jugend müsse gezügelt, dressiert und vom Staate beherrscht werden. Sobald aber einmal der Staat eingreift, besteht die Gefahr, dass Initiative, Selbstbewusstsein und Selbstentwicklung zerstört werden. Wie auf dem Gebiete der Erziehung im allgemeinen hat der Staat auch hier seine Rolle zu spielen. Er hat in seiner eigenen zeitlichen Sphäre zu helfen. Aber er soll nicht das in Beschlag legen, was ihm nicht gehört: die Treue und Hingabe der christlichen Jugend an ihren göttlichen Meister. Auch bei uns besteht eine wachsende Tendenz zur Staatsvergottung, gegen die wir auf der Hut sein müssen. — Neben dem Episkopat unternahm im Jahre 1943 der neue katholische Elternverband eine energische Aktion zugunsten der konfessionellen Schule. Der gesamte katholische Volksteil Englands, Geistliche und Laien, wandten sich geschlossen gegen eine bekenntnislose Schule. «Die Katholiken sind», wie Lord Rankellor im Unterhaus erklärte, «der Ueberzeugung, dass es sich hier um eine Frage auf Leben und Tod handelt.»

Erwachendes Leben.

Grosse Kundgebungen der katholischen Jugend, die im Herbst 1943 in allen Teilen Englands stattgefunden haben, beweisen, dass hinter dem entschlossenen Episkopat eine ebenso entschlossene Jugend mutig ihren Kampf für die Religion ficht. Religiöser Geist regte sich in Kriegszeiten selbst in den Reihen der Armee. Unter der Oberleitung eines hohen katholischen Geistlichen wurden unter den Truppen der R. A. F. geistliche Kurse abgehalten, die mit staunenswertem Erfolg religiöses Leben weckten. Eine wahre Heldengestalt des englischen Katholizismus vor und während des verfloßenen Krieges war der verstorbene Kardinal Hinsley. Sein Programm umriss er mit den Worten: «Unsere Innenpolitik heisst Katholische Aktion, unsere Aussenpolitik Missionen». Er war es, der bei Ausbruch des Krieges gegen totalitäre Kräfte den Kreuzzug «Das Schwert des Geistes» ins Leben gerufen hat. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Bewegung und trug die Botschaft vom Reiche Christi durch das ganze Empire. Alle, welchen

Bekenntnisses immer sie waren, sollten in diesem Kreuzzug mithelfen, das heilige Land einer neuen christlichen Sitten- und Gesellschaftsordnung zurückzuerobern. Das Unternehmen brachte zwar einige Schwierigkeiten mit sich, die es zu überwinden galt, namentlich über die Art der Zusammenarbeit, und es fehlte nicht an Rückschlägen. Trotzdem konnten auf diese Weise Katholiken, Anglikaner und Mitglieder der unabhängigen Kirchen vereint christliches Gedankengut in die Mengen hineintragen, selbst in jene Kreise, die längst gewohnt waren, vom Ende des Christentums zu reden. Am 29. Februar 1942 kam es denn auch zu der gemeinsamen Erklärung des anglikanischen Erzbischofs von Canterbury und des Kardinals Hinsley: Unser Ziel ist es, die überzeugten Christen im ganzen Land zu gemeinsamem Handeln zu vereinen. Wir wollen zusammenarbeiten, um den wirklichen Einfluss der christlichen Lehre jetzt und in der Nachkriegszeit zu sichern.

Ein sprechender Zeuge dieses Kulturwillens und dieser Entschlossenheit zur Verchristlichung einer verworrenen Weltordnung aus religiösen Kräften heraus ist der englische Kultur- und Geschichtsphilosoph Dawson. Er steht würdig in der Reihe jener Schriftsteller, deren Bücher als Ausdruck einer christlichen Kulturkritik ersten Ranges beachtlich sind.

Als zuverlässiger Zeuge religiösen Lebens in England darf zweifellos die erhöhte Rundfunkstätigkeit im Dienst der Religion angesprochen werden. Im Rahmen einer in der Universitätskirche im Cambridge gehaltenen Ansprache gab der Leiter der religiösen Rundfunksendungen der B. B. C., J. W. Welch, im Jahre 1943 einen Ueberblick über Umfang und Auswirkung dieses modernen Verbreiters christlichen Glaubensgutes. Der englische Rundfunk übertrug damals religiöse Vorträge, Predigten und kirchliche Veranstaltungen in einem Umfang, der alles Frühere weit überstieg. Auf eine Rundfrage hin konnte festgestellt werden, dass 30 % der Hörer das religiöse Programm vorbehaltlos billigten. Im Jahre 1943 wurde unter dem Namen «Amboss» ein Kreis religiöser Denker gegründet mit der Aufgabe, jeden Donnerstag Fragen religiöser Natur zu beantworten. Vertreten ist in diesem Kreise die anglikanische und die katholische Kirche, sowie die christliche Laienschaft.

Die Kehrseite.

Wir taten nun einen Blick in das religiöse Leben Englands seit Ausbruch des Krieges. Bot er uns ein ganzheitliches Bild oder zeigten sich uns nur die Lichtseiten? P. d'Arcy bejaht letzteres. Auch er weiss um all die Strömungen, die ein religiöses Leben in England begünstigen, um den Aufschwung des Katholizismus in den letzten 70 Jahren, um die hervorragenden Konvertiten und gebildeten Laien, die dem kath. Glauben in England zu höchstem Ansehen verholfen haben. Und doch muss er die traurige Bilanz ziehen, dass alle edlen Kämpfer für christlich-religiöses Leben einem Volk gegenüberstehen, in dem christliches und religiöses Denken am Ausflackern ist. Besonders verhängnisvoll auf das religiöse Leben in England wirkte sich der Zerfall der anglikanischen Kirche als Lehrmeisterin in Glaubenssachen aus. Die hl. Schrift, jene alte Stütze der reformierten Kirche, hat ihre Autorität eingebüsst. Man bemängelte ihre Lehren, und fand sie einer wissenschaftlichen Kritik bedürftig, die selber nicht mehr den Rückhalt einer sicheren Autorität besass. Die verderbliche Frucht einer solchen Kritik war Verschiedenheit in der Auslegung grundlegendster Geheimnisse, wie der Auferstehung, der Gottheit Christi,

der Erlösung durch Christus. Die anglikanische Kirche hat damit ihren Einfluss verloren. Am schlimmsten wirkt sich dieser Verlust aus in der Schule. In den Primarschulen hören die Kinder nur wenig von Religion und Christentum. Und kaum den ersten Jugendjahren entwachsen, werden die Heranwachsenden gefangen von einer Umgebung, in der man nur das Diesseits kennt. Wir wundern uns also nicht über den entschlossenen Kampf des englischen Episkopates gegen die Aufhebung der privaten Schulen, in denen der Religionsunterricht noch seinen Platz hat. Und wir begreifen das sorgenvolle Wort, das Msgr. Flynn, Bischof von Lancaster, im Jahre 1942 sprach: Man tappt im Dunkeln und mit guten Gründen kann man fürchten, dass hoffnungsvolle katholische Jugendbewegungen erneut in die Irre geleitet werden und sich eine den katholischen Schulen noch abträglichere Lage entwickeln könnte. P. d'Arcy charakterisiert die religiöse Haltung der Gebildeten ungefähr folgendermassen: Dem Gebildeten gilt Theologie als überholt und verjährt. Sie muss durch «Wissenschaft» ersetzt werden. Für christlichen Glauben hat man stolze Verachtung. Diese Auffassung ist weitverbreitet und tief verwurzelt.

Weite Kreise suchen ihr Heil in der ökonomischen Wissenschaft. Aber auch dieses Ideal verblasst und verliert immer mehr an Frische vor der wachsenden Gleichgültigkeit. In diesem Zusammenhang führt P. d'Arcy das alarmierende Zeugnis der Statistiken an über Jugendverbrechertum, Schwarzhandel, Ehebruch, Geburtenbeschränkung und Selbstmorde. Demgegenüber kann er aber doch die tröstliche Feststellung machen, dass sich im englischen Gesellschaftsleben noch manches erhalten hat als kostbares Erbstück christlichen Geistes: eine gewisse Hochachtung vor dem Gut und der persönlichen Würde des Nächsten ist noch lebendig, man ist zuvorkommend und erfüllt in Ernst seine Pflicht und eine gesunde Tradition hat Zivil-, Militär- und Verwaltungsstellen vor Korruption und Bestechlichkeit bewahrt.

Trotzdem jedoch die Fundamentalbalken, auf denen das öffentliche Leben Englands heute steht, irgendwo noch in christlichen Urboden hineinragen, schliesst P. d'Arcy seinen Artikel mit dem bedeutungsvollen Vergleich: Das englische Volk in seiner grossen Mehrheit ist ein Blatt, mit dem jeder Windstoss spielen kann. Wohin wird er es tragen? Wir wissen es nicht.

Ex urbe et orbe

Die Weltorganisation des Friedens ist auf der Einigkeit der Grossmächte begründet. Wie es sich mit dieser Einigkeit verhält, das hat die Konferenz der Aussenminister in London offenbart. Ihr Scheitern hat darum bei allen Menschen und in allen Völkern, die sich nach dem Frieden sehnen, eine Bestürzung hervorgerufen. Betrübtlich genug war schon dieser Gegensatz zwischen disputierenden Diplomaten, die sich um Paragraphen streiten, und der notleidenden Menschheit, die jede Verzögerung des Friedens mit so viel Not und Jammer zahlen muss. Am bedrückendsten aber wirkte die Tatsache, dass sich die Partner von London in den wesentlichsten Fragen nicht verstanden. Wir nennen nur das Problem der Demokratie auf dem Balkan, das sich als schier unlösbar erwies. Auch die «intelligentesten Kompromisse», wie sich der amerikanische Aussenminister ausdrückte, können in diesem Falle nicht zum Ziele führen, weil jeder seine eigene politische Ethik hat, seine eigene Auffassung von der Freiheit, von der menschlichen Persönlichkeit, vom Sinn des Staates. «Wir wollen freie Wahlen, in denen auch die Opposition zu Worte kommt», so sagen die einen. Radio Moskau aber antwortet: «In den Ländern, in denen es keine Bourgeoisie mehr gibt, besteht auch keine politische Opposition mehr.» Was ist da zu machen? Wie soll jemals ein solcher Dialog in Harmonie enden? Es ist nur erstaunlich, dass es auch nach dieser jüngsten Erfahrung noch Menschen gibt, die sich aus der schönen Zusammenarbeit zweier Prinzipien, die einander absolut entgegengesetzt sind, eine neue Friedenssära der Menschheit erhoffen. Mit einer wirklich fruchtbringenden Begegnung zwischen Russland und dem Westen wird es noch gute Weile haben, was nicht nur dem kommunistischen System zuzuschreiben ist, das zur Zeit in Russland herrscht, sondern vor allem auch der Neuentdeckung, dass Russland Asien ist und nicht Europa. Je mehr die Russen nach dem Westen vorgestossen sind, um so schneller ist die Sympathie vergangen, die man ihnen willig entgegenbrachte, als sie noch in weiter Ferne waren. Der Enthusiasmus, mit dem sogar grosse konservative Staatsmänner die Zusammenarbeit zwischen Ost und West begrüsst haben, ist längst einer kühleren Stimmung gewichen. Was Europa insbesondere angeht, so bereitet sich offenbar eine neue Mentalität dem sowjetistischen Russland gegenüber vor. Man empfindet es als Bedrohung, so sehr man die Taten der Roten Armee im Kampf gegen den Nationalsozialismus anerkennt. Die Frage, wie sich ein europäischer Staat dem andern gegenüber sichert, tritt zurück vor der andern, wie man überhaupt noch ein Stück Europa im Sinne des christlichen Abendlandes retten kann. Vielleicht hat de Gaulle bei seinem Besuch im Elsass das gleiche gemeint, als er sagte,

man müsse sich finden mit den Deutschen und das Vergangene vergessen können. Es wäre wohl an der Zeit, der europäischen Selbsterfleischung ein Ende zu machen. So weit ist es ja schon gekommen, dass man den Sitz des neuen Völkerbundes nach Amerika zu verlegen gedenkt, als wäre dort nun das Zentrum der Welt. Die grosse Macht ist nicht mehr im Bunde mit der Idee, die durch Europa vor allem vertreten wird. Es wird am christlichen Abendland sein, praktisch den Beweis zu führen, dass letzten Endes und auf lange Sicht es dennoch nicht die Atombomben sind, die Geschichte machen, sondern die Ideen, die im Ewigen wurzeln. Wir bewahren im alten Europa die Dokumente, die den Frieden kennzeichnen, wie er vom Geist des Christentums aus Gestalt gewinnen soll. Benedikt XIV. erhielt mit Recht den Namen eines Friedenspapstes, Pius XI. hat die gleichen Ideen wieder aufgegriffen, und Pius XII. hat genau umrissen, wie er sich einen Frieden vorstellt, bei dem das Papsttum mitwirken kann. In diesen Dokumenten dominieren die Grundsätze der Gerechtigkeit, die in der unvergänglichen sittlichen Ordnung gründen, die ihrerseits ihr Leben vom lebendigen Gott erhält. Wir werden diese Gedanken vor Augen behalten, wenn wir nun Zeuge eines Schauspiels sein müssen, wie es durch die Londoner Konferenz charakterisiert ist. Im Geistigen uneinig, wird man sich praktisch zu verständigen suchen, mühsam und auf dornenvollen Wegen, während inzwischen die Menschheit leidet, wie sie nie gelitten hat ... Wer geglaubt hat, der Tiefpunkt der Entwicklung sei erreicht, der wird sich auf Enttäuschungen gefasst machen. Denkt niemand auch an Krieg, so sind Friedensschlüsse, wie sie unter den gegenwärtigen Umständen zustande kommen können, vielleicht das grössere Uebel. Wir warten auf den Frieden, der geschlossen wird von der Gerechtigkeit und von der Liebe ...

Sozialisten und Kommunisten.

Wie «Stokholms Tidningen» berichtet, sind die Besprechungen zwischen Sozialisten und Kommunisten in Dänemark und in Norwegen, die auf eine engere Zusammenarbeit oder gar eine Fusion abzielten, gescheitert. Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien hätten zwar schon zu bedeutenden Ergebnissen geführt, aber da sei eine Weisung von Moskau gekommen, derzufolge die Kommunisten den Abbruch herbeigeführt hätten. Die schwedische Zeitung bemerkt dazu, dass auch nach Auflösung der Komintern Moskau die kommunistischen Parteien der verschiedensten Länder beherrsche und dass es ihnen Weisungen gebe, insbesondere für ihr Verhalten andern Parteien gegen-

über. «Stokholms Tidningen» will über diese Sache ganz besondere Informationen besitzen ... Nun, wir sind auch ohne diese Informationen im Bilde.

So betont Wilhelm Röpke in einem Artikel des «Curieux» vom 4. Oktober, dass sich im Verhältnis der Sozialisten zu den Kommunisten ein ähnlicher Vorgang abspiele, wie er zwischen den Grossmächten beobachtet werden könne. Sozialismus und Kommunismus wachsen auseinander und sind in keiner Weise mehr imstande, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Die gleiche Entwicklung vollzieht sich in allen Ländern, besonders in England, wo die Labourpartei den Strich zwischen sich und dem Kommunismus nach ihrer Machtergreifung womöglich noch schärfer gezogen hat. Aus Deutschland, aus der Tschechoslowakei hört man ähnliche Berichte. (Vergleiche den Artikel «La Tchecoslovaquie se distance du communisme» in der «Gazette de Lausanne» vom 5. Oktober.) «Die Tat» vom 25. September, die das gleiche Thema behandelt, führt aus, es stelle Moskau heute ohne Rücksicht auf bestimmte Ideologien die kommunistischen Parteien aller Länder in den Dienst seines Imperialismus. «Heute fusst jede kommunistische Partei nicht auf Marx, sondern auf Stalin, heute ist sie in jedem Staat Exponentin eines fremden Willens, heute dient sie nicht der Theorie ihres ersten Evangelisten, sondern der Praxis ihres ersten Imperators.» Demgegenüber sei die westliche Sozialdemokratie «viel zu stark mit dem Geschick ihrer Heimatländer verstrickt, als dass sie sich an ein politisches Söldnerleben gewöhnen könnte ... Sie kann wieder Bannerträgerin werden, wenn sie darauf verzichtet, Schleppträgerin zu sein.»

Auch auf dem soeben abgeschlossenen Internationalen Gewerkschaftskongress in Paris scheinen die Kommunisten nicht auf ihre Rechnung gekommen zu sein, was schon aus der Wahl des Vorsitzenden des neuen Gewerkschaftsbundes hervorgeht, die auf Sir Walter Citrin gefallen ist, den Führer der englischen Gewerkschaften.

Wenn man von dem «Ruck nach Links» spricht, der überall als Wahlergebnis erscheint, dann wird man sich also vor der Vorstellung hüten, es nehme nun eine einheitliche Linke die Dinge in die Hand, ist doch die Linke offensichtlich bis in die weltanschaulichen Fundamente hinein gespalten. Will der sozialdemokratische Flügel führen, so wird ihm nichts übrig bleiben, als Anschluss bei bürgerlichen Parteien zu suchen. Wird er dadurch in seinem Radikalismus gedämpft, so wird er andererseits, um die Massen der Arbeiter nicht an die Kommunisten zu verlieren, ins Revolutionäre getrieben. Er hat somit keine leichte Stellung, ganz abgesehen davon, dass er das schwere Problem zu lösen haben wird, wie sich eine staatlich dirigierte Wirtschaftsordnung mit der Idee der bürgerlichen Freiheit vereinen lässt. Ein jeder, der die Erbschaft des Krieges übernimmt, wird es nicht leicht haben — man denke nur an die immer wieder drohenden Streiks in Amerika und England, also in Siegerländern. Wir können deshalb nicht an einen endgültigen Erfolg weder der Linken noch der Rechten glauben, so lange nicht die einen wie die anderen einsehen, dass die soziale Frage in ihrem innersten Kern eine religiöse ist. Wenn es nicht gelingt, den Millionen und Millionen von Ausgebombten, von Flüchtlingen, von Menschen, die alles verloren haben, eine von der Religion her bestimmte Haltung allen irdischen Gütern gegenüber zu vermitteln, dann wird es nicht möglich sein, diese Massen dem Leben zurück zu gewinnen. Es geht nicht mehr um den Ausgleich von Mein und Dein, der vielerorts praktisch ganz unmöglich geworden ist, es geht um die christliche Sicht auf das Leben und auf seine Güter, um den Glauben an eine andere Welt, ohne die die Disharmonien des Diesseits nicht harmonisiert werden können. Nur die Soziallehre des Christentums geht von diesen umfassenden Ideen aus, und darum kann nur sie allein Rettung bringen.

Deutschland.

Lauscht man den Stimmen der alliierten Propaganda, so möchte man glauben, dass sich die Zustände in Deutschland langsam bessern; spricht man dann wieder mit solchen, die eben von einer Reise nach Köln oder nach Berlin heimkehren, so scheint weithin noch ein unvorstellbares Chaos zu herrschen. Die Wahrheit ist schwer festzustellen, weil die Dinge in den ver-

schiedenen Zonen jeweils anders liegen und weil auch innerhalb der Zonen kaum eine Gegend der anderen gleicht. Jedenfalls ist es den Angelsachsen aufgegangen, dass man das deutsche Volk nicht einfach dem Hunger und der Kälte preisgeben kann. In der englischen Zone hat man sich zudem bereit erklärt, Millionen von Ostflüchtlingen aufzunehmen. Was später mit Deutschland geschehen soll, wo seine Grenzen sein werden, wie es die nötigen Lebensbedingungen findet, darüber gehen die Pläne der Herrschenden weit auseinander. Man darf aber wohl annehmen, dass letzten Endes ein friedlich gesinntes, aber doch auch starkes Deutschland im europäischen Interesse für notwendig erachtet werden wird. Auch was die innere Struktur angeht, so sind noch keinerlei Entscheidungen gefallen. Die Länderteilungen, die zum Beispiel von den Amerikanern vorgenommen wurden, sollen möglicherweise nur die Verwaltung erleichtern und brauchen durchaus nicht föderalistisch gedeutet zu werden. Auf's Ganze gesehen ist von der Einigkeit unter den Alliierten, wie sie strategisch im Kampf gegen Hitler bestanden hat, kaum mehr etwas übrig geblieben, und gerade diese Planlosigkeit ist es, die sich einmal verhängnisvoll auswirken könnte. Es zeigt sich auch im Falle Deutschland, wie weit die sowjetistischen Auffassungen von denen der Angelsachsen abweichen. Die Deutschen, die in der russischen Zone leben müssen, haben es besonders schwer. Es könnte zwar scheinen, dass die Aufteilung der grossen Güter in Brandenburg und Sachsen etwas Gutes sei, aber ganz abgesehen von dem Unrecht einer entschädigungslosen Enteignung, hat diese soziale Wohltat auch ihre Kehrseite. Derartige Retormen lassen sich durchführen in langen Zeiträumen, pflegen aber, wenn sie überhastet erfolgen, zunächst einmal ein wirtschaftliches Durcheinander hervorzubringen. Schliesslich sind die kleinen Bauern, die man in Eile und ohne sie mit dem notwendigen Gerät auszurüsten, auf den Parzellen der grossen Güter ansetzt, gezwungen, so etwas wie eine Genossenschaft oder Kolchose zu begründen — und das Sowjetsystem ist fertig.

Dass jenseits der Elbe und auch in der Tschechoslowakei Zustände herrschen, die eher an Asien als an Europa erinnern, wird durch immer neue Berichte bestätigt. Die Ausweisung der Deutschen, seien sie nun schuldig oder unschuldig, wird auf eine barbarische Weise betrieben. Einzelheiten finden sich etwa in dem «Tagesbericht» der «Basler Nachrichten» vom 9. Oktober 1945. Es heisst darin u. a.: «Schweizer Rückwanderer aus Polen und der Tschechoslowakei berichten von noch chaotischeren Zuständen aus den an Polen gefallen Gebieten. Dort fehle es überhaupt an jeder Autontät, eine polnische und eine russische Tscheka arbeiten durcheinander, mehrere polnische Richtungen bekämpfen sich; willkürliche Erschiessungen sind an der Tagesordnung, Plünderungen und Vergewaltigungen stellen eine Art Volksbelustigung dar ... in Lublin, Krakau usw. spielen sich Judenpogrome ab. Die noch nicht vertriebenen Deutschen sind vollkommenes Freiwild und leben in ständiger Gefahr unter den schwersten Bedingungen ...» Schreckliches Erbe des Nationalsozialismus, des dämonischen Feindes abendländischer Zivilisation ...

Um so tröstlicher ist es, dass diesseits der Elbe das Christentum erhalten blieb und nun von neuem mutig ans Werk geht. Zeugnis dafür ist der Fuldaer Hirtenbrief, der vom 23. August 1945 datiert ist und ab 9. September 1945 von den Kanzeln verlesen wurde. Mit Dank stellen die Bischöfe fest, wie so viele Priester und Laien in den Zeiten der Verfolgung dem Glauben treu blieben. Sie erinnern daran, wie oft Katholiken trotz grösster eigener Gefahr «Volksgenossen fremden Stammes» beschützt haben, wie sie oftmals ihr tägliches Brot mit unschuldig verfolgten Nichtariern teilten, wie im Verhältnis der beiden christlichen Konfessionen eine beglückende Aenderung eingetreten sei: «das Gegensätzliche zwischen den in Glauben getrennten Brüdern trat zurück, was uns vor Gericht in Christus verbindet, wird tiefer empfunden. Wir erblicken dankbar in dieser Wandlung eine der tröstlichsten Erscheinungen in unserer traurigen Zeit.» In ergreifenden Worten beklagen die deutschen Bischöfe die Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes geschehen sind, insbesondere, dass auch Katholiken daran Anteil hatten. Dann aber treten sie mannhaft dafür ein, dass bei der Strafe die Unschuldigen verschont bleiben. Eindringliche Worte werden der Frage der Erziehung gewidmet: «Es gibt keine bessere Bürgerschaft für die Gesundung der geistigen Lage, als eine wahrhaft

religiöse Erziehung, die in der Erkenntnisschule gesichert ist.» Der zweite Teil des Hirtenbriefes enthält Mahnungen an das gläubige Volk, nunmehr, nach dem furchtbaren Zusammenbruch, einen neuen Anfang zu machen und ein rechtes Volks- und Staatsleben im christlichen Geiste aufzubauen. Der ganze Hirtenbrief atmet den Geist innerlicher Religiosität, ist in einer Sprache verfasst, wie sie der unabhängigen Kirche würdig ist, vermeidet jede Anspielung auf politische Tagesereignisse und Entwicklungen. Er ist ein sprechendes Zeugnis dafür, dass die katholische Kirche in Deutschland noch lebt und dass sie gewillt ist, die grosse christliche Erziehungsaufgabe, die ihr gestellt ist, zu erfüllen.

Italien.

Den «Basler Nachrichten» (3. Oktober 1945) wird aus Italien geschrieben: «Erwähnenswert ist ferner der aussergewöhnliche Erfolg des Eucharistischen Kongresses, der kürzlich in Monza stattgefunden hat und an dem mehr als eine Million Per-

sonen, vor allem aus Mailand und der Lombardei, teilgenommen haben ... Alle italienischen politischen Kreise bemerken, dass die Christliche Demokratische Partei in den letzten Monaten enorme Fortschritte erzielt hat und jetzt als die numerisch stärkste politische Bewegung der Halbinsel angesehen werden müsse. Man schreibt ihr wenigstens einen Drittel aller Stimmen zu, also eine grössere Zahl Anhänger, als sie die Kommunistische und Sozialistische Partei zusammen besitzen.»

Vatikanstadt.

United Press berichtet unter dem 3. Oktober 1945: «An der Eröffnung der juristischen Obersten Körperschaft der Kirche erklärte Papst Pius XI. in einer Ansprache, der Totalitarismus zerstöre die Menschenrechte und setze nationale, Rassen- und Klassenideologien an die oberste Stelle. Er schliesse die Rechte des Bürgers im sozialen Leben aus und teile die Nationen in Herrscher und Beherrschte.»

Bücher

Neuerscheinungen zur schweizerischen Kirchengeschichte

Zur Geschichte der Gegenreformation in der Schweiz.

Hierzu hat Joh. Duft einen wertvollen Beitrag geliefert¹⁾. Wir haben damit einen bisher kaum möglichen Einblick in das innere Getriebe und die Seelsorgeschichte der katholischen Restauration erhalten. Der Verfasser beschränkt sich auf das Gebiet der Fürstabtei St. Gallen und hier wiederum auf das 17. und 18. Jahrhundert. Das Buch ist also nicht eine vollständige Geschichte der st. gallischen Gegenreformation; das ganze 16. Jahrhundert, ebenso die Reformgeschichte des Klosters selbst werden nicht berührt. Die Sorge der Fürstäbte im 17. und 18. Jahrhundert für den katholischen Glauben, dessen Erhaltung und Vermehrung auf rein kirchlichem, auf kirchlich-politischem und auf rein politisch-wirtschaftlichem Gebiet: das sind die drei grossen Gesichtspunkte des Werkes. Eine reiche Fülle von Material ist hier verarbeitet, für den Historiker eine wahre Fundgrube.

Inhalt:

In einer kurzen Einleitung wird die äussere kirchenpolitische Geschichte der äbtschen Gegenreformation skizziert, ebenso einleitungsweise, die Geschichte des Offizialats gegeben. Die Aebte hatten es nämlich nach langwierigen Prozessen und Verhandlungen mit dem Konstanzer Bischof erreicht, dass dieser erstmalig 1613 und dann wieder 1743 weitgehende geistliche Jurisdiktionsrechte an den Abt abtrat. Faktisch und zum grossen Teil auch rechtlich hatte der Bischof seit 1614, der Errichtung des Stift-st. gallischen Offizialats, fast nicht mehr mitzureden. Mit dem Untergang der Abtei 1798 fiel auch das Offizialat dahin, bis es im neuen St. Galler Bistum eine erweiterte Wiederbelebung erfuhr.

Die quellenmässige Grundlage für die Forschungen des Verfassers bilden fast ausschliesslich die Offizialatsakten. Dadurch ist das Werk mehr oder weniger zu einer Geschichte der kirchlichen Verwaltung der St. Galler Kurie geworden. Zuerst werden die Visitationstätigkeit der Aebte, dann die Synoden und Klerusversammlungen beschrieben. Weitere Kapitel behandeln die Sorge für den Klerus, die Tätigkeit der Orden (Kapuziner und Jesuiten), Predigt und Katechese, die Verwaltung der Sakramente. Ein eigenes Kapitel ist der Volksfrömmigkeit gewidmet, insofern ihre Formen Gegenstand der Tätigkeit des Offizialats, bzw. der Aebte sind. (Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass die erwähnten Gebiete nicht erschöpfend behandelt werden, sondern nur soweit sie einen Niederschlag in den Offizialatsakten des Stiftsarchivs gefunden haben.)

Im zweiten kirchlich-politischen Teil — die «Glaubens-

sorge in foro mixto» sagt der Verfasser — findet vor allem die Volksschuldsorge der Aebte, bezw. des Offizialats ihre Würdigung (ein sehr wertvolles Kapitel!); dann die Konventitenpolitik der Aebte, die Massnahmen zur Verhinderung der Apostasie und die Ueberwachung der reformierten Geistlichkeit und ihrer Tätigkeit in den äbtschen Landen.

Im dritten Teil behandelt der Verfasser die «Glaubenssorge in politischen und wirtschaftlichen Belangen». Deutlicher könnte man sagen: Glaubenssorge mit rein politischen und wirtschaftspolitischen Mitteln. Auch hier finden sich wieder höchst interessante Kapitel, die beweisen, wie konsequent die Aebte ihren Staat und seine Möglichkeiten in den Dienst der katholischen Sache stellten.

Urteil:

So viel über den reichen Inhalt. Es gibt nur wenige katholische Territorien im deutschen Sprachgebiet, in die wir einen ähnlich tiefreichenden Blick in die katholische Gegenreform tun können. (Es sei zwar darauf hingewiesen, dass hier keine Seelsorgeschichte von innen und unten her, vom Klerus und Volk her gesehen vorliegt, sondern eine solche aus der kurialen Vogelschau, von den obrigkeitlichen Massnahmen her. Also mehr die äussere Seite der Seelsorge, mit anderen Worten, die Geschichte der kirchlichen Verwaltung, und ihre statistische Erfassung.) Duft glaubt, St. Gallen als «Idealfall», als das Non plus ultra der katholischen Restauration nicht nur auf deutschem Sprachgebiet, sondern überhaupt, hinstellen zu dürfen. Wir wollen das seinem kirchlichen Lokalpatriotismus zugute halten. Jedenfalls überzeugen seine summarischen Vergleiche mit anderen katholischen Territorien nicht recht. (Der Parallellfall Fulda, die fränkischen, bayrischen und österreichischen Bistümer werden gar nicht erwähnt.) Die Tendenz des Verfassers, die «Ehrenrettung der Fürstabtei vorzunehmen» (401), mag da etwas mitgespielt haben. Gewiss bildet das äbtsche Territorium einen Idealfall, da weltliche und geistliche Gewalt in einer Hand lagen. Die Abtrotzung eines selbständigen Offizialats von Konstanz hat sicherlich seine segensreichen Folgen gehabt, obwohl uns die polemische Haltung des Verfassers gegen Konstanz nicht recht behagt. (Wäre denn die katholische Reform ohne eigene Kurie nicht auch möglich gewesen? In der übrigen katholischen Schweiz ging es doch auch. Auch anderswo musste die Gegenreformation meistens ohne Kirchenstaatstum durchgeführt werden und wurde auch durchgeführt. Das Beispiel des Pruntrutler Zipfels beweist übrigens klar, wie mustergültig die katholische des Basler Fürstbischofs erst seit 1780. Uns will scheinen, dass hinter dem Abtrotzen des Offizialats doch auch ein gut Stück kirchlichen Machtstrebens der Aebte lag. Aber wie dem auch sei, schliesslich ist es eine müssige Frage. Die Vereinigung beider Gewalten hat sich durchaus als segensreich erwiesen und hat ein «Staatskirchentum glücklicher Prägung» geschaffen, wie Duft sagt (S. 15); richtiger hiesse es Kirchenstaatstum, um den Begriff Staatskirchentum in seiner eigentlichen Sphäre

¹⁾ Dr. Joh. Duft, Die Glaubenssorge der Fürstäbte von St. Gallen im 17. und 18. Jahrhundert.

zu belassen.) — Was übrigens Duft als «typisch» und «eigenständig» an der St. Galler Gegenreform angesehen wissen will — so ziemlich alles, — wird sich bei näherem Zusehen vielfach auch anderswo finden.

Eine andere Frage ist auch, ob die Glaubenssorge der Fürst-äbte wirklich nur zum Heil der Kirche war. Wir sind auch hier nicht ganz vom «Idealfall» überzeugt. Ob nicht die Äbte mit ihrer Unterdrückungspolitik gegen die Toggenburger Protestanten — der Verfasser verheimlicht sie keineswegs, weist aber mit Recht darauf hin, dass sie den hüben und drüben zeitüblichen Bräuchen und den damals geltenden Rechtsgrundsätzen und Staatsverträgen formell nicht widersprach — gerade das Gegenteil erreichten? Der Toggenburger Aufstand und der daraus sich ergebende zweite Villmerger Krieg 1712 hat bekanntlich den schweizerischen Katholizismus um viele seiner bis dahin erreichten Erfolge gebracht. Dieser Rückschlag hätte durch eine klügere und gerechtere Politik — auch eine klügere und zurückhaltendere Glaubenssorge — der Äbte vermieden werden können. Man kann ja manchen St. Galler Äbten keine allzu grosse politische Klugheit und Anpassungsfähigkeit nachrühmen. Sie sind manchmal erstaunlich stur und starr in konfessionellen und vor allem politischen Dingen. So Abt Leodegar Bürgisser während der Toggenburger Wirren. Kirchlicher und politischer Absolutismus spielten bei ihm eine unheilvolle Rolle (vergl. Schwyger, Geschichte der katholischen Kirche der Schweiz, 1935, S. 163). Auch der letzte Fürstabt, Pankraz Vorster, hat durch hartnäckiges Festhalten an seinem verschwundenen Kirchenstaat nicht wenig dazu beigetragen, eine Wiederherstellung der Abtei zu verunmöglichen.

Von diesen paar kritischen Bemerkungen, die einem gewissen lokalpatriotischen Uebereifer gelten, abgesehen, ist das Werk eine beachtliche Leistung und ein hervorragender Beitrag zur inneren Kirchengeschichte der katholischen Schweiz der Neuzeit — Etwas mehr hätte man gerne auch vom Eindringen der Aufklärungsideen im St. Gallischen und ihrer Bekämpfung oder Nichtbekämpfung durch die letzten Äbte gehört.

Staatskirchentum auch in der Schweizergeschichte.

1.

Ebenfalls ein Stück schweizerischer Gegenreformation beleuchtet die recht wertvolle Untersuchung des Schwyzers Alois Rey über die Neugläubigen zu Arth bis zum Arther Handel 1655²⁾. Es ist bekannt, dass damals eine Reihe von «Nikodemiten», wie sie sich selber nannten, nach Zürich flüchteten und vier von den Zurückgebliebenen hingerichtet wurden. Der Fall bot Zürich und Bern den erwünschten Anlass, gegen die katholischen Orte loszuschlagen, um den Landfrieden von 1531 rückgängig zu machen. So kam es zum ersten Villmergerkrieg, der mit der Niederlage der Reformierten endete.

Wir haben im Arther Handel ein Beispiel des Staatskirchentums vor uns, wie es sich überall, hüben und drüben, in der Zeit der Reformation und Gegenreformation nach dem unchristlichen Grundsatz cuius regio eius religio ausgebildet hatte. Ein Staatskirchentum, das allerdings seine Direktiven bei der betreffenden Konfession holte und im Unterschied zum kirchenfeindlichen Staatskirchentum des 18. und 19. Jahrhunderts zugunsten der Kirche handelte.

Zwinglis Reformation besass von Anfang an Anhänger in Schwyz und besonders in Arth, an deren Spitze der Pfarrer, Balth. Trachsel, selbst und ein paar namhafte Politiker standen. Der Verfasser geht diesen Ansätzen eingehend nach, sowohl dem Anhang Zwinglis, wie der Täuferbewegung. In eigenen Kapiteln behandelt er dann die Stellung der V Orte zur Glaubensfrage und die langsam beginnende Gegenreformation im 16. Jahrhundert. Zwei staatsrechtliche Grundprinzipien drangen bekanntlich im Landfrieden von 1531 durch: Kein Ort sollte dem andern in Religionsachen hineinreden und Propaganda treiben dürfen, und jedem sollte es freistehen, seine religiöse und damit politische Einheit zu wahren (cuius regio eius religio). Religionsänderung galt hüben wie drüben zugleich als Staatsvergehen; Landflucht

²⁾ Dr. Alois Rey, Geschichte des Protestantismus in Arth bis zum Prozess von 1655. Sonderdruck aus den «Mitteil. des hist. Vereins d. Kt Schwyz», Heft 44 (1944).

aus religiösen Gründen wurde streng bestraft. Die kirchliche Reform in Schwyz blieb gegenüber diesem eindeutigen Standpunkt von Staat und Landsgemeinde noch lange im Rückstand. Um 1560 war Arth, das Zentrum der Neugläubigen, häresiefrei.

Im zweiten Teil kommt der Verfasser dann auf die neugläubige Gemeinde in Arth im 17. Jahrhundert zu sprechen. Er weist anhand des Aktenmaterials überzeugend nach, dass sie neuen und zwar täuferischen Ursprungs ist und keinen Zusammenhang mit den früheren Reformierten hat. Die bisher beliebte Traditionstheorie, wonach eine reformierte Gemeinde in Arth ohne Unterbruch durch das 16. Jahrhundert bis 1655 bestanden hätte, muss in Zukunft endgültig aufgegeben werden. Das neugläubige Arther Zentrum im 17. Jahrhundert ist frisch entstanden und ist nicht reformiert, sondern täuferisch, 1629/30 kommt es zum staatlichen Vorgehen gegen diese Täufergemeinde, deren Haupt, der bekannte Baschi Meyer, flieht. Die Gemeinde zerfiel und spaltete sich seit 1651 in eine reformierte und eine täuferische Richtung. Diese Spaltung blieb allerdings völlig verborgen. Die reformiert Gesinnten suchten im Geheimen in Zürich Rückhalt und begannen kirchlich und politisch ziemlich herausfordernd aufzutreten. Bald kam es zu heimlichen Besuchen von Zürcher Prädikanten in Arth und auf der Rigi. Die Sache wurde entdeckt. Um der Bestrafung zu entgehen, flohen die Anhänger der reformierten Richtung rechtzeitig nach Zürich. Die Täufer blieben zurück, da sie in Zürich auch nichts Gutes zu erwarten hatten. Vier von ihnen wurden in Schwyz hingerichtet. Schwyz verlangte von Zürich in der irrigen Meinung, dass sie Täufer waren, die Auslieferung der Entflohenen gemäss vertraglich eingegangener Verpflichtungen. Zürich verweigerte dies begreiflicherweise, ging aber seinerseits zum Angriff über und intervenierte wegen der vier Hingerichteten mit Kriegsmassnahmen (zweiter Villmergerkrieg). Durchaus rechtswidrig, wie Rey überzeugend nachweist, weil dem damals (seit 1531) geltenden Souveränitätsrecht in Religionsachen entgegengesetzt; und um so rechtswidriger, als die vier Hingerichteten nicht Reformierte, sondern Täufer waren, die Zürich genau so mit Hinrichtungen aussottete.

Rey hat die Rechtsfrage eindeutig zugunsten von Schwyz gelöst auf Grund nicht nur des schwyzerischen, sondern auch des zürcherischen Aktenmaterials. Er betont auch mit Recht, dass der Vorwurf der Grausamkeit keinen Sinn hat angesichts der damals hüben wie drüben geltenden Strafrechtspflege und angesichts des ebenso blutigen Vorgehens Zürichs gegen seine eigenen Täufer.

Der Verfasser hat das Verdienst, mit seiner wohl abgewogenen, ganz und gar unpolemischen Studie diesen konfessionellen Streitfall endgültig geklärt zu haben, sodass zu hoffen ist, dass er in Zukunft in unsern Geschichtswerken nicht mehr entstellt weiterspukt.

2.

Zum Schluss sei noch ein kleines Schriftchen erwähnt, das an einen Fall von Staatskirchentum, diesmal übelster Prägung, erinnert: an die Aufhebung der thurgauischen Klöster im 19. Jahrhundert³⁾. Was die Säkularisation 1803 für das Reich, das war die Klosteraufhebung des Jahres 1848 für den Thurgau: «Der grösste Rechtsbruch des letzten Jahrhunderts», wie einst der protestantische Historiker Treitschke klipp und klar von der deutschen Säkularisation sagte und 1905 Nationalrat v. Streng dieses Wort mit Recht auch auf den Thurgau anwandte.

Müller gibt in seinem knapp und klar gefassten Aufsatz — auf der neuesten Literatur beruhend — Geschichte und Schicksal der neuen thurgauischen Klöster seit der Reformation. Der Verfasser will keine neuen Forschungsergebnisse geben, sondern in ruhiger, sachlicher Weise und wohl abgewogenen Formulierungen das katholische Thurgauer Volk über das ihm angetane Unrecht belehren. Solche Erinnerungen tun allgemach not; man hat sich ja vielfach auf katholischer Seite langsam daran gewöhnt, unter Ausnahmegesetzen zu stehen und ein zweitrangiger Volksteil zu sein. Wann werden wohl endlich diese längst fälli-

³⁾ Müller Johann, Die Aufhebung der thurgauischen Klöster im 19. Jahrhundert. 1944, 23 S. (Sep. Abdruck aus der «Thurgauer Volkszeitung»).

gen Zöpfe einer vergangenen Zeit fallen und die Katholiken wirklich volle Gleichberechtigung besitzen?

«Das katholische Thurgauer Volk aber hofft, dass einmal die Zeit kommt, wo sein Wunsch sich erfüllt und es heisst: Neues Leben blüht aus den Ruinen» (S. 23).

Castella, Papstgeschichte

(2. Band.) Fraumünsterverlag A.-G., Zürich 1945.

Bereits liefert der Fraumünsterverlag den zweiten Band von Castellas Papstgeschichte, deren erster um die Jahreswende erschienen ist. (Siehe «Apol. Blätter», 30. Januar 1945.)

Dieser zweite Band folgt dem Vorgänger auch in seinen Vorzügen. Besondere Anerkennung verdienen wiederum die lichte Gliederung des Stoffes und die leichte Lesbarkeit des Textes. Bei der Einzeldarstellung wird der Verfasser gewiss mit allen Geschichtsschreibern erfahren haben, wie schwierig es ist, Genauigkeit mit Bündigkeit zu vereinen. Wie sagt doch Meister Huizinga? «Der Deutlichkeit (einer historischen Vorstellung) sind enge Grenzen zwischen einer zu grossen Gedrängtheit und einer übermässigen Ausführlichkeit gesetzt.» Und «Zusammendrängung des Stoffes ist höchstens eine Tugend für Schulbücher, und zusammengedrückte Geschichte ist keine Geschichte, sondern bestenfalls Lehrstoff für den Unterricht». Nicht irgendeine Nebenabsicht, sondern eben diese beständige Spannung zwischen Materie und Form erklärt genügend, warum z. B. das Lebensbild Leos X. etwas «zu schön» geraten ist, warum die

Ausführungen über den Probabilismus missverstanden werden können, warum der Abschnitt über die Politik des «europäischen Gleichgewichts» nichts von der englischen Auffassung sagt. Doch das sind wirklich Kleinigkeiten in einem Band, der über drei Jahrhunderte umfasst. — Apologetisch wertvoll sind die unaufdringlichen Hinweise, wie das Abendland durch eine fortschreitende Entchristlichung an seiner innersten Kultur Verrat begeht und sich mit einer unheimlich-tragischen Schuld belastet. Der nachdenkliche Leser unserer Papstgeschichte kann noch nachdenklicher werden. Doch als wertvollster Gewinn bleibt dem Leser der Eindruck, dass das Papsttum ein einzigartiges und einmaliges Phänomen der Menschheitsgeschichte ist, und dazu die Einsicht, dass eine unverblühte Geschichte der Päpste stets auch eine wahre Apologie für die Kirche bleibt. So sonderbar es klingen mag: Die Menschlichkeiten in der Kirche häufen sich zu einem Beweis für ihre Göttlichkeit. Auch der bereits angekündigte Schlussband von Castellas Papstgeschichte wird das bestätigen. Möge ihm auch alle äussere Sorgfalt zuteil werden! Im vorliegenden Band ist z. B. (Seite 73 Mitte) dem Setzer ein Wort entschlüpft. Bild oder Gemälde? — Zu Seite 169! Die Eingangsworte der Bulle Pauls III. lauten nicht «Regiminis militantis Ecclesiae». Doch genug des Kleinkrams! Aber der hl. Hieronymus hat einmal geschrieben: «Non sunt contemnenda quasi parva, sine quibus magna constare non possunt». Und die Papstgeschichte von Castella ist in ihrer Art ein «opus magnum», von dem der alte Kallimachus nicht zu schnöden wagte: «Ein grosses Buch ist ein grosses Uebel».

Preise für Inserate,

die dem Charakter der «Apologetischen Blätter» entsprechen:

1/2 Seite Fr. 110.— 1/4 Seite Fr. 60.—

1/8 Seite Fr. 35.— 1/16 Seite Fr. 20.—

Inseratenannahme durch «Apologetische Blätter»
Zürich, Auf der Mauer 13

Abonnementspreise:

Jährlich Fr. 8.60 — halbjährlich Fr. 4.40 — vierteljährlich Fr. 2.30

Für die tägliche Betrachtung:

Trefzer: **Vaterunser** Fr. 2.80

Rosenkranzgeheimnisse Fr. 2.40

Verlag U. CAVELTI & CO. Gossau St. G.

Die zuverlässigen Choralbücher von Solesmes endlich wieder eingetroffen:

Graduale Romanum, Liber usualis, Kath. Pfarrgottesdienst, Paroissien Romain, Graduel-Vespéral, Kyriale usw., Einzelausgaben von Proprien der Hauptfeste und Meßordinarien; Lehrbücher und theoretische Werke

in den zuverlässigen Einbänden

der Buchbinderei **höchlifrey**

Ansichtssendungen bereitwilligst! **BADEN B. ZÜRICH**

CONRAD FISCHER

Das Geheimnis des Schwertes

Kampf und Sieg des Artillerieleutnants Ernst Psichari

Geb. Fr. 9.20

„Psichari, der sich aus dem Chaos des sozialen Lebens zur hohen Gesamtordnung aller Dinge durchgearbeitet und durchgerungen hat, ist für unsere Zeit und Generation ein Beispiel, das uns aus Fehlern und Zweifeln herausreisst und auf die regenerativen Kräfte Frankreichs und Europas hinweist. In geistiger und literarischer Hinsicht hat uns Fischer hier eine lebendige, formschöne Biographie geschenkt.“
(Karl Wick im „Vaterland.“)

Benziger-Verlag, Einsiedeln. — Durch Ihre Buchhandlung.

Wesentlich Neues

zur patristischen Theologie

Hubert du Manoir de Juaye S.J.

DOGME ET SPIRITUALITÉ CHEZ SAINT CYRILLE D'ALEXANDRIE

Der Autor entdeckt und beleuchtet im Kirchenvater von Alexandrien den als solchen bisher fast unbekanntem grossen Theologen des geistlichen Lebens.

Ein Werk für
THEOLOGEN

das einführt in den tieferen Sinn cyrillianischer Theologie. In ihrem Licht erhellt vor allem das Verhältnis zwischen Dogma und christlicher Vollkommenheit.

Ein Werk für
HISTORIKER

ausgerüstet mit einem peinlich ausgearbeiteten Quellenapparat.

Ein Leitfaden für
GEISTLICHES LEBEN

geschöpft aus dem ungetrübten Quell einer Theologie, die sich im Kreuzfeuer der Auseinandersetzungen eine lebenssprühende und lebenzeugende Kraft erstritten hat, die noch heute nachwirkt.

Paris, Librairie philosophique, J. Vrin
6, Place de la Sorbonne (Ve) 1944. 594 Seiten broschiert